

# Programm der Liste Renaissance bei den Europawahlen 2019

(14. Mai 2019)

**Ausgangssituation:** Die 2016 von Emmanuel Macrons gegründete Partei La République en Marche (LREM) tritt zum ersten Mal bei einer Europawahl an. Mit Kandidaten der Zentrumsparteien Mouvement démocrate (MoDem), Mouvement radical, social et libéral (MRSL) und Agir, la droite constructive bewerben sich ihre Vertreter auf einer gemeinsamen Liste mit dem Namen Renaissance. Im EU-Parlament möchten die über diese Liste gewählten Abgeordneten gemeinsam mit Vertretern anderer Parteien, die bisher der liberalen ALDE-Fraktion angehören, eine neue Fraktion bilden, die mit ca. 100 Mandaten rechnen kann.

Spitzenkandidatin der Liste Renaissance ist die frühere Direktorin der École nationale d'administration (ENA, dt. Nationale Hochschule für Verwaltung) Nathalie Loiseau, die von Juni 2017 bis März 2019 Ministerin für europäische Angelegenheiten im Kabinett des Premierministers Edouard Philippe war. An zweiter Stelle steht Pascal Canfin, der aufgrund seiner Vergangenheit als Direktor der französischen Abteilung des WWF-France und ehemaliger Europaabgeordneter der französischen Grünen ein ausgewiesener Befürworter eines ökologischen Wandels ist. Emmanuel Macron hat ihn mit der Zusicherung, dass dieser bei Renaissance im Mittelpunkt stehen werde, davon überzeugt, für die Liste zu kandidieren und sich nicht einer anderen Gruppierung mit einem ausgeprägten Umweltprogramm anzuschließen. Als letzte der großen französischen Parteien hat Renaissance ihr Programm am 9. Mai 2019, dem Europatag, präsentiert.

**Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung:** Entsprechend dem Stabilitätspakt soll ein europäischer Nachhaltigkeitspakt geschlossen werden, der die Mitgliedsstaaten der EU dazu verpflichtet, die ökologischen Schulden zu reduzieren und nicht kommenden Generationen zu hinterlassen. Um erneuerbare Energien und saubere Transportmittel zu entwickeln, Gebäude zu sanieren und damit verbundene Veränderungen in der Arbeitswelt zu finanzieren, sind nach Meinung von Renaissance bis 2024 Ausgaben von mindestens 1.000 Mrd. € nötig. Das Programm schlägt vor, eine „Klimabank“ zu gründen, die die Ersparnisse der Europäer für „grünes Wachstum“ einsetzen soll, und 40 % der EU-Ausgaben für den ökologischen Wandel zu verwenden. Wie von fast allen anderen französischen Parteien wird gefordert, alle Produkte, die in die EU eingeführt werden, gemäß dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß, der bei ihrer Produktion und ihrem Transport entstanden ist, zu besteuern. Der Flugverkehr soll mit Abgaben belegt und der Verkauf von Diesel- und Benzinautos bis 2040 verboten werden. Parallel dazu soll der Zugang zu sauberen Transportmitteln vereinfacht und bezahlbar werden. Bis 2050 sollen europaweit alle Kraftwerke, die mit fossilen Energien betrieben werden, geschlossen werden. Die Atomenergie wird im Programm von Renaissance nicht erwähnt.

**Agrarpolitik:** In der Landwirtschaft soll die Verwendung von Pestiziden bis 2025 halbiert und die des Düngemittels Glyphosat bis 2021 verboten werden. Die Agrarsubventionen sollen vorzugsweise kleineren Betrieben und nachhaltigen Produktionsarten, die auch das Wohl der Nutztiere respektieren, zu Gute kommen. Die Größe der Flächen, die nach Bio-Kriterien bewirtschaftet werden, soll verdoppelt werden.

**Wirtschafts- und Sozialpolitik:** Digitalunternehmen sollen in der EU wie in Frankreich besteuert werden, damit kleinere und mittlere Unternehmen nicht länger gegenüber den GAFAM benachteiligt werden, außerdem sollen die Unternehmenssteuern innerhalb der EU harmonisiert werden. In jedem EU-Land soll ein Mindestlohn eingeführt werden, der dem dortigen Lohnniveau entspricht, um den unlauteren Wettbewerb einzuschränken. Die Entsenderichtlinie soll in der Weise überarbeitet werden, dass für gleiche Arbeit gleicher Lohn und gleiche Arbeitskosten anfallen und die Sozialbeiträge dem jeweils höheren Niveau angepasst werden. Mit Unterstützung der Europäischen Arbeitsagentur soll der Kampf gegen die Umgehung dieser Vorgaben intensiviert werden. Um die Entstehung europäischer Champions zu ermöglichen, wird verlangt, die Konkurrenzpolitik neu zu regeln. Künftig soll es nicht mehr möglich sein, Fusionen wie die der Zugsparten von Siemens und Alstom zu verbieten. Über einen Plan „Made in Europe 2024“ sollen Großunternehmen in strategisch wichtigen Sektoren (u.a. erneuerbare Energien und Künstliche Intelligenz) und kleinere und mittlere Unternehmen finanziell unterstützt werden. Mit Ländern, die das Klimaabkommen von Paris nicht respektieren, sollen keine Freihandelsabkommen geschlossen werden.

**Eurozone:** Für die Eurozone strebt Renaissance ein eigenes Budget an, das dazu dienen soll, Investitionen zu finanzieren, wirtschaftliche Unterschiede auszugleichen und Krisen abzufedern.

**Grenzschutz und Umgang mit Asylanten:** Um die EU-Außengrenzen zu schützen, sollen die Missionen von Frontex ausgeweitet und die Zahl ihrer Beamten auf 10.000 erhöht werden. Die Asylkriterien in den EU-Mitgliedsstaaten sollen vereinheitlicht werden, die Arbeit der nationalen Asylagenturen in Zukunft ein europäisches Büro für Asyl koordinieren. Ein Land, das für seine eigenen Bürger den freien Zugang zum Schengen-Raum fordert, muss sich an einer gemeinsamen Asylpolitik beteiligen, andernfalls wird es mit Sanktionen belegt.

**Aussichten:** Drei Anfang Mai veröffentlichte Umfragen prognostizieren für Renaissance am 26. Mai einen Stimmenanteil von 22 %, damit liegt die Liste gleichauf bzw. bis zu 2 % hinter der des Rassemblement National.